

MEHR ZUM THEMA KONJUNKTURAUSSICHTEN:

Wirtschaft wartet auf Reformen

Zuversicht trübt sich weiter ein



Die Wirtschaft baut auf die versprochenen Reformen: Unser Archivfoto zeigt die Bauarbeiten für die neue Autobahnbrücke A4/K17 zwischen Bad Hersfeld und Wippershain. © Foto: Mario Reymond/HZ-Archiv

Hersfeld-Rotenburg – Wären da nicht der immer noch robuste Arbeitsmarkt und die gute, zentrale Lage der Region – der Ausblick auf das neue Jahr würde wohl noch etwas trüber ausfallen. Doch gerade die Logistikbranche, die sich schon in Corona-Zeiten als stabil erwiesen hat, sowie die zahlreichen Baufirmen in der Region sind Lichtblicke trotz der anhaltenden Rezession in Deutschland. Auch K+S, mit dem Verbundwerk Werra der größte Arbeitgeber und prägender Wirtschaftsmotor in der Region, hofft laut Werksleiter Gerd Kübler im Interview mit unserer Zeitung auf zumindest stabile Kalipreise auf dem derzeitigen Niveau.

Gebeutel von Bürokratie

Ob Wirtschaftsriesen wie K+S oder kleine Handwerksbetriebe: Alle Wirtschaftsunternehmen klagen über hohe Energiepreise und stöhnen unter der überbordenden Bürokratie. Alle hoffen auf die versprochenen Reformen. Arbeitsagenturchefin Katharina Henkel bringt es auf den Punkt: „Umfangreiche Berichtspflichten und teilweise langwierige Verfahren verlangsamen viele Prozesse. Um unsere mittelstandsgeprägte Region zu entlasten, müsste sich die Gesetzgebung - auch auf europäischer Ebene - an den Bedürfnissen von kleinen und mittleren Unternehmen orientieren. Normen und Standards müssen praktikabler, einfacher und mittelstandsgerechter werden“, fordert sie.

Das bekräftigt auch Sparkassenchef Ingo Lange, der sagt: „Bund und Länder haben sich mit mehr als 200 Maßnahmen darauf geeinigt, staatliche Vorschriften abzubauen, insbesondere im Baurecht. Diese Schritte gehen in die richtige Richtung und sind wichtig, auch wenn noch einzelne Punkte beschlossen werden müssen. Allerdings werden diese Schritte aus Sicht vieler Ökonomen der Dimension der wirtschaftlichen Herausforderungen am Standort Deutschland noch

nicht gerecht.“

„Unternehmen benötigen schnellere Genehmigungen, klarere Abläufe und eine verlässliche Verwaltung, um Projekte zeitnah realisieren zu können“, betont IHK-Vertreterin Alexandra Nieding und wird noch konkreter: Sie fordert „moderne digitale Prozesse, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, flächendeckende Breitbandversorgung und eine verlässliche sowie bezahlbare Energieversorgung“, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und Investitionen zu erleichtern.

Fachkräftemangel bleibt Thema

Auch der Fachkräftemangel bleibt ein Thema in der Region, wie Arbeitsamtschefin Katharina Henkel weiß. „Viele Unternehmen halten ihre Fachkräfte trotz schwankender Auftragslage, weil qualifiziertes Personal schwer zu finden ist. Für 2026 erwarten wir ein insgesamt stabiles, aber weniger dynamisches Bild“, beschreibt sie die Lage.

Mit klaren Vorstellungen geht die Kreishandwerkerschaft ins neue Jahr, die auch das Thema Ausbildung in den Fokus nimmt: Noch seien die Ausbildungszahlen in der Region vergleichsweise gut, aber es gelte jetzt schon, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch in den kommenden Jahren ausgebildet wird. Hierzu gehörten laut Kreishandwerkerschaft auch Azubi-Wohnheime in unserem Landkreis.

„Durch die Neustrukturierung der Berufsschulstandorte im Rahmen des Projekts „Zukunftsfähige Berufsschule“ werden Ausbildungsberufe zunehmend landkreisübergreifend beschult. Dies führt zu mehr Blockunterricht und damit zu einem deutlich steigenden Bedarf an kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten für Auszubildende“, beobachten Hubert Lorenz und Eugen Reinhardt. Dieser Bedarf könne weder durch private Anbieter noch durch die berufsständischen Organisationen gedeckt werden. „Deshalb braucht es dringend Unterstützung, um Azubi-Wohnheimplätze – idealerweise ergänzt um sozialpädagogische Betreuung – zu schaffen“, fordern die beiden Geschäftsführer.

Warnung vor Steuererhöhungen

Die derzeit schwierige finanzielle Lage der chronisch unterfinanzierten Kommunen wird von den Wirtschaftsvertretern ernstgenommen. „Unsere Kommunen haben dann besondere Herausforderungen zu meistern, wenn der Gesetzgeber Leistungen definiert, die die Kommunen erbringen müssen, ohne die Mittel dafür zu erhalten. Die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes bewegt sich immer im Spannungsfeld von Einnahmen und Ausgaben“, erklärt Sparkassenchef Ingo Lange. Dennoch warnen IHK und Handwerkskammer ausdrücklich vor Steuererhöhungen – insbesondere bei Gewerbe- und Grundsteuer. „Sie würden Unternehmen und Bürger zusätzlich belasten, ohne die strukturellen Probleme nachhaltig zu lösen“, stellt Alexandra Nieding klar.

Auch die Kreishandwerkerschaft sieht vor allem eine Erhöhung der Gewerbesteuer kritisch, „da die Betriebe bereits heute unter einer hohen Steuer- und Abgabenlast leiden, die ihre Handlungsfähigkeit einschränkt und Investitionen hemmt.“ Die Betriebe hätten es ohnehin schon schwer genug. „Ein ausgewogener Kompromiss aus Einsparungen bei den kommunalen freiwilligen Aufgaben und einer moderaten Anpassung der Grundsteuer könnte der Weg sein, um die Haushalte zu stabilisieren, ohne die regionale Wirtschaft zusätzlich zu belasten“, schlagen daher Hubert Lorenz und Eugen Reinhardt vor.

KAI A. STRUTHOFF